

»Ohne Lider geht hier nichts« – Eine Untersuchung der kommunalen Sichtbarkeit und Einflussnahme des Parteivorsitzenden

Charlotte Joppin

Der AKP-Parteitag Anfang September 2012 zeigte eines deutlich: Recep Tayyip Erdoğan, der Parteivorsitzende und amtierende Ministerpräsident, sitzt weiterhin »fest im Sattel«. Nicht nur präsentierte sich kein einziger Gegenkandidat, auch sprachen sich 1421 Delegierte geschlossen für seine Wiederwahl aus (65 Enthaltungen, 3 ungültige Stimmen).¹ Dies mag daran liegen, dass die AKP-Mitglieder den nunmehr 10-jährigen Wahlerfolg ihrer Partei mit der charismatischen Figur Erdoğan verknüpfen.² Es mag aber auch daran liegen – und damit stünde die AKP in der Tradition der Mehrzahl türkischer Parteien – dass der Vorsitzende seine Partei außerordentlich gut »im Griff« hat.

Der vorliegende Beitrag widmet sich der Frage, wie türkische Parteivorsitzende ihre Macht im Spannungsfeld zwischen kommunalen und nationalen politischen Strukturen aufbauen und bewahren. Dabei nehmen die drei Bereiche Parteimitgliedschaft, Delegiertenbestimmung und die Besetzung parteiinterner Posten eine zentrale Stellung ein. Es wird untersucht, wie die absolute Stellung des Parteivorsitzenden in diesen drei Bereichen durch Faktoren wie Gesetzeslage, autoritäre Traditionen in Gesellschaft und Politik und psychologischen Druck durch die Parteispitze befördert wird. Dabei liegt der Fokus des vorliegenden Beitrags auf den Beeinflussungen und Auswirkungen einer starken Parteiführung auf die kommunale Parteistruktur. Die Beschäftigung mit kommunaler Politik bzw. dem Spannungsfeld zwischen kommunaler und nationaler Parteistruktur ist in zweierlei Hinsicht interessant: Zum einen trägt es der Bedeutung der kommunalen Parteioorganisation als »Brutstätte für Demokratie« Rechnung. Diese verspricht durch die politische Partizipation breiter Bevölkerungsschichten und die bessere Zurechenbarkeit politischen Handelns sowohl die Bindung der Bürger als

1 Vgl. »Yeniden AK Parti Genel Başkanı«. *Milliyet*. 30. September 2012.

2 Vgl. Jung 2012.

auch die Effektivität der Regierenden zu erhöhen.³ Zum anderen macht es deutlich, dass auch ein ausgesprochen starker Parteivorsitzender nur dann erfolgreich sein kann, wenn er es versteht, auf die unterschiedlichen lokalen Kontexte einzugehen und seinen politischen Stil daran anzupassen. Dies trifft ganz besonders auf die Türkei zu, die in Bezug auf Ethnie, lebenskultureller Ausrichtung, Einkommensverteilung etc. ein höchst heterogenes Land ist. Um erfolgreich zu sein, muss es eine Partei verstehen, diesen Unterschieden vor Ort zu begegnen; Bewohner Izmirs etwa stellen andere Ansprüche an Politik als Bewohner Kayseris, die Menschen in Diyarbakır haben gänzlich andere Erwartungen als jene in Ankara. Gleichzeitig muss die nationale und internationale Politik in eine lokale Sprache übersetzt und der Lebenswirklichkeit der Menschen angepasst werden. Dass die AKP seit 2002 ununterbrochen an der Macht ist und ihre Ergebnisse mit jeder Wahl noch steigern konnte, spricht dafür, dass ihr diese Transformationsleistung besser gelingt als anderen Parteien.

Methodisch baut der Artikel auf semi-strukturierten Interviews auf, die zwischen 2010 und 2011 mit Funktionären und Mitgliedern der AKP in Konya und Eskişehir durchgeführt wurden. Diese wurde durch teilnehmende Beobachtung bei Parteiveranstaltungen sowie die Analyse »grauer Literatur«, Gesetzestexten und Sekundärquellen ergänzt.⁴ Da bisher allein zur AKP Feldforschungsmaterial gesammelt werden konnte, steht diese auch im Fokus des Beitrags – die beschriebenen Phänomene sind jedoch als charakteristisch für das gesamte türkische Parteienspektrum zu sehen.⁵

Die rechtlichen Grundlagen nationaler und kommunaler Parteiorganisation

Türkische Parteien zeichnen sich durch einen stark zentralisierten und untereinander identischen Aufbau aus – beides ein Resultat der rigiden rechtlichen Situation. Deren maßgebliche Quellen sind neben der Verfassung das Parteiengesetz von 1983 und die jeweiligen Parteistatute (*tüzük*). Die Verfassung legt in den Artikeln 67 bis 69 im Kapitel »Politische Rechte und Pflichten« die grundlegenden Prinzipien politischen Handelns dar. Artikel 67 definiert das aktive und passive Wahlrecht, also das Recht sich politisch zu betätigen und gewählt zu werden.⁶ Artikel 68 behandelt das Recht, politische Parteien zu gründen, so lange sich ihre

3 Vgl. Blair 2000.

4 Vgl. Nohl 2009.

5 Vgl. Sayarı/Esmer 2002.

6 Dieses Recht wird jedoch für die Angehörigen des Militärs eingeschränkt.

Aktivitäten nicht in Konflikt mit der Einheit und Unabhängigkeit des Staates, den Menschenrechten, dem Gleichheits- und Rechtsstaatsprinzip sowie den Grundsätzen der »demokratischen und säkularen Republik« befinden. Von der Mitgliedschaft in politischen Parteien werden Richter, Staatsanwälte, Staatsbedienstete, Militärangehörige und Schüler ausgeschlossen. Lehrkräfte an Universitäten dürfen nur innerhalb der Zentralorgane einer Partei aktiv werden. Artikel 69 sagt aus, dass die Aktivitäten und der interne Aufbau von Parteien in Übereinstimmung mit »demokratischen Prinzipien« liegen müssen, ohne jedoch genau darauf einzugehen, wie diese ausgestaltet sind. Der Verfassungsgerichtshof wird als zuständige Institution für Parteischließungsverfahren genannt, sollte eine Partei gegen die in Artikel 68 genannten Prinzipien verstoßen.

Auf der Verfassung aufbauend gestaltet das Gesetz zu politischen Parteien (2820 *siyasi partiler kanunu*, SPK, 1983) den inneren Aufbau von Parteien (*parti örgütü*) sowie die Befugnisse der jeweiligen Organe weiter aus. Es setzte Vorgaben aus der Verfassung von 1982, wie etwa die Einführung der 10 Prozent-Hürde und der Wahlpflicht, um.⁷ Das Gesetz ist von der Atmosphäre tiefen Misstrauens gegenüber parteipolitischem Handeln gekennzeichnet, das die Ära nach dem Militärputsch von 1981 prägte. Es muss jedoch angemerkt werden, dass, anders als ein Großteil der Literatur indiziert, das Gesetz von 1983 nicht den Beginn einer zentralisierten Parteikultur darstellt.⁸ Diese hatte ihre Ursprünge – etwa in Bezug auf Parteiaufbau oder das Verbot politischer Organe unterhalb der Gemeindeebene – bereits im Jahr 1965 (Gesetz 648).⁹ Eine dritte Rechtsquelle sind die Statuten (*tüzük*) der jeweiligen Parteien, die allerdings eher eine Interpretation der gesetzlichen Bestimmungen in Detailfragen darstellen.¹⁰

7 Vgl. Tachau 2000, S. 128–148, Hale 2008, S. 233–246, Tezcür 2012, S. 117–134. Viele der radikalen Vorgaben wie etwa das Verbot, Ablegerorganisationen wie Frauen- oder Jugendgruppen oder Beziehungen mit Stiftungen oder Berufsverbänden zu unterhalten, wurden 1995 abgemildert oder ganz zurückgenommen, um durch eine Einbeziehungen verschiedener sozialer Gruppen den demokratischen Prozess zu stärken.

8 Vgl. Kumbaracıbaşı 2009, S. 41–44.

9 Gesetz 648 wurde im Juli 1965 als Folge der neuen Verfassung von 1961 erlassen. Das Ziel des Gesetzes war zu definieren, wie die Parteien vom Verfassungsgericht für ihre interne Organisation, ihre Finanzen und politischen Aktivitäten zur Verantwortung gezogen werden können. Das Gesetz enthält genaue Informationen zu Fragen der Parteiorganisation und schreibt parteiinterne Vorwahlen zur Kandidatenselektion vor, um die innerparteiliche Demokratie zu steigern. Darüber hinaus verbot es Parteien politische Organe unterhalb des Gemeindelevels zu unterhalten. Dodd vermutet, dass damit politischen Auseinandersetzungen und damit verbundenen sozialen Spannungen in Dörfern und Nachbarschaften vorgebeugt werden sollte. (Dodd 1969, S. 130–133.)

10 Das Parteistatut kann durch Beschluss der Generalversammlung einer Partei geändert werden.

Aus den Vorgaben der drei beschriebenen Rechtsquellen resultiert das Amt des Parteivorsitzenden (*parti başkanı/lideri*), der, etwa im Vergleich zu seinem deutschen Pendant, weitreichendere Befugnisse, hat. Er sitzt dem 50-köpfigen Zentralen Entscheidungskomitee (*parti meclisi*) vor, welches sich monatlich trifft und über die Parteilinie sowie die Formierung bzw. Auflösung von Regierung oder Koalition entscheidet. Noch wichtiger aber ist seine Rolle im Exekutivkomitee (*merkez yürütme kurulu*), einem Unterorgan des *parti meclisi*. Dieses besteht nur aus dem Führungszirkel der Partei, d. h. dem Parteivorsitzenden und seinen Stellvertretern, dem Generalsekretär sowie dem Parlamentspräsidenten und seinem Stellvertreter. Diese Gruppe bestimmt die tägliche Politik und Ausrichtung der Partei und kann die Parlamentskandidaten bestimmen. Der Parteivorsitzende wird von der Parteiversammlung (*büyük kongre*) gewählt. Welchen Einfluss der Parteivorsitzende selbst jedoch auf die Zusammensetzung der Versammlung hat und welche Implikationen dies auch für seine lokale Rolle mit sich bringt, wird im Folgenden gezeigt.

Mitgliederrekrutierung als Mittel der Machtkonservierung

Um seine durch die Gesetzeslage bereits zentral angelegte Stellung noch weiter zu festigen und auszubauen muss der Vorsitzende versuchen, die Prozesse innerhalb seiner Partei bereits ab der Mitgliederebene zu beeinflussen und zu lenken. Um zu verdeutlichen, an welchen Punkten er konkret ansetzen kann, soll zunächst kurz auf die besonderen Charakteristika türkischer Parteien eingegangen werden. Parteimitgliedschaft in der Türkei, so Özbudun,

»entails certain rights, but almost no obligations to the party, including paying membership dues. Thus, in all Turkish parties, only a very small portion of party income comes from membership dues, and the AKP is no exception in this regard.«¹¹

Türkische Parteien sind insgesamt also kaum auf Mitgliederbeiträge zu ihrer Finanzierung angewiesen, da sie ihre Bedürfnisse sowohl mittels Staatssubventionen als auch durch private Spenden decken.¹² Dies hat weitreichende Konsequenzen zur Politik der Mitgliederrekrutierung, die im Folgenden mit Fokus auf die AKP näher untersucht werden. Das AKP-Statut beispielsweise betont, dass unbezahlte Mitgliedsbeiträge kein Grund für Parteiausschluss seien und dass auch verschuldete Mitglieder ihre vollen Mitgliedsrechte ausüben können (Art. 134-1,

11 Hale, Özbudun 2010, S. 47.

12 Vgl. ebd.

tüzük). Eine wichtige Rolle kommt dem Mitglied jedoch im Rahmen von innerparteilichen Entscheidungsprozessen zu, so etwa bei der Abstimmung in Delegiertenversammlungen oder als Zeichen der Macht bestimmter Fraktionen in der Partei.¹³ Innerhalb dieses strategischen Kontexts stellen Mitgliederwerbung und Parteibeitritt in türkischen Parteien keinesfalls allein Initiativen kommunaler Parteibüros dar, sondern sind ein wichtiges Element der Machtkonsolidierung für die Parteispitze. Dabei bestehen zwei Möglichkeiten: die Kontrolle über Parteibeitritte (bzw. deren Verhinderung) sowie das Initiieren von Massenbeitritten.

Die erste Möglichkeit stellt die »qualitative« Kontrolle darüber dar, wer der Partei beitritt. Die grundlegenden Bestimmungen zu Parteimitgliedschaft finden sich in den Artikeln 11 und 12 des SPK. Artikel 11 bestimmt die Mitgliedschaftsvoraussetzungen und schließt Angehörige höherer juristischer Institutionen, Angehörige von Polizei und Militär, Schüler und Beamte aus.¹⁴ Darüber hinaus jedoch, so das Gesetz, dürfen Parteien niemandem aus Gründen wie Rasse, Religion, Geschlecht etc. den Beitritt verwehren. Diese weite Mitgliedschaftsdefinition wird jedoch durch Artikel 12 de facto wieder aufgehoben, wenn den Parteien erlaubt wird, in ihren Statuten eigene Beschränkungen zu verankern. Davon machen die Parteien weiten Gebrauch. So verlangen etwa CHP (Art. 8, *tüzük*)¹⁵ und MHP (Art. 5, *tüzük*)¹⁶ zwei, die AKP (Art. 7, *tüzük*)¹⁷ eine ›Referenz‹ eines bestehenden Mitglieds bevor sie ein Beitrittsgesuch akzeptieren. In Artikel 9 (*tüzük*), nennt die CHP zudem den Titel eines vorläufigen ›Kandidatenmitglieds‹. Durch die restriktive Handhabung von Mitgliedschaftsbewerbungen versucht die Parteiführung sicherzustellen, dass nur solche Mitglieder aufgenommen werden, die keine Opposition darstellen, bzw. versucht zu vermeiden, dass die innerparteiliche Opposition die Zahl ihrer Anhänger absichtlich steigern kann. Artikel 12 SPK gibt den Parteien das Recht, Mitgliedschaftsanträge ohne Nennung von Gründen abzulehnen.¹⁸ Auch dadurch können oppositionelle gesellschaftliche Gruppen bzw. potentielle Unterstützer einer bestehenden innerparteilichen Opposition am Eintritt gehindert werden. Insgesamt stellt die Kontrolle über Parteibeitritte für die

13 Auch von Seiten der Mitglieder hat eine Parteimitgliedschaft bzw. gelegentlich die Mehrfachmitgliedschaft in verschiedenen Parteien, strategische Vorteile. Özbudun und Hale schreiben: «[An] explanation may lie in the clientelistic nature of Turkish political parties. A majority of party members see their membership as a means to obtain personal, sometimes quite small, sometimes highly substantial, benefits from their parties, particularly when they happen to be in government.» (Hale, Özbudun 2010, S. 47.)

14 Vgl. Kumbaracıbaşı 2009, S. 44.

15 CHP *Tüzük* vom April 2010: 5–6.

16 MHP *Tüzük* vom November 2009.

17 AKP *Tüzük* vom Oktober 2010.

18 Siyasi Partiler Kanunu, 2820, Veröffentlichung in Resmi Gazete am 24. April 1983.

Parteiführung einen weiteren Sicherheitsmechanismus dar, der es schwer macht, ihre einmal gefestigte Stellung wirkungsvoll in Frage zu stellen.

Die zweite Möglichkeit der Machtkonsolidierung gegenüber Kontrahenten stellt die Initiierung von Massenbeitritten etwa der familiären, regionalen oder ethnischen Gruppe, zur »eigenen Fraktion« dar. Durch diese quantitative Kontrolle stärkt die nationale oder lokale Parteispitze ihre »Basis«. Die Ergebnisse einer groß angelegten Studie zu Parteimitgliedschaft mit 2 000 Istanbuler CHP-Mitgliedern im Jahr 1993 machen dies deutlich. So gaben 52,2 Prozent der befragten Männer an, der Partei auf eigenen Wunsch beigetreten zu sein. 14,1 Prozent gaben an nach einer Mitgliederwerbaktion beigetreten zu sein und 33,7 Prozent traten auf Wunsch von Familie, Freunden oder Bekannten ein. Bei den Frauen lag dieser Anteil mit 59,4 Prozent sogar noch höher (17,7 Prozent durch eine Kampagne, 22,9 Prozent auf eigenen Wunsch).¹⁹ Hale und Özbudun kamen 2010 in ihrer Studie zur AKP zu einer ähnlichen Einschätzung.²⁰

Im Bezug auf Massenbeitritte führt Kumbaracıbaşı an, dass die Parteiführung dazu ermächtigt ist, neue Mitglieder im Namen der Distriktorganisation aufzunehmen. Dies gibt ihr die Möglichkeit ein ganzes Bündel von Mitgliedern gleichzeitig zu registrieren und somit, etwa vor einer Distriktversammlung (*ilçe kongresi*), die eigene Stellung gegenüber der innerparteilichen Opposition zu stärken. Er nennt als Beispiel 67 000 neue Mitglieder, die kurz vor dem 31. CHP-Kongress (2005) registriert wurden.²¹ Bayraktar und Altan führen 50 000 neue Mitglieder an, die im Herbst 2007 nach der Wahlniederlage der CHP in die Partei integriert worden seien, um die wachsende innerparteiliche Opposition zu unterdrücken.²² Da der Parteivorsitzende eine solch dominierende Stellung einnimmt kommt den Mitgliedern im Rahmen innerparteilicher Entscheidungsfindung nur eine geringe Rolle zu. Somit liegt ihre Hauptfunktion – zumindest aus der Perspektive von Parteiführung und Funktionären – in der Unterstützung bestimmter Fraktionen innerhalb der Partei.

19 Vgl. Schüler 1993, S. 41.

20 Vgl. Hale, Özbudun 2010, S. 47.

21 Vgl. Kumbaracıbaşı 2009, S. 45.

22 Vgl. Bayraktar, Altan 2013, S. 25.

Delegiertenbestimmung und Postenbesetzung als Mittel der Machtkonsolidierung

Die »regulierende Funktion« der Parteiführung auf der Mitgliederebene wird durch ihren Einfluss auf die Delegiertenbestimmung zu Parteikongressen und die Besetzung parteiinterner Posten noch weiter intensiviert. Die Bestimmung der Delegierten für Parteiversammlungen ist ein wichtiges Mittel des Parteivorsitzenden, um seine Wiederwahl sicher zustellen.²³ Auch Schattschneider weist dem Prozess der Kandidatenfindung eine besondere Bedeutung für die ganze Partei zu:

»The nature of the nominating procedure determines the nature of the party; he who can make the nominations is the owner of the party. This is therefore one of the best points at which to observe the distribution of power within the party.«²⁴

In der Türkei können Kandidaten parteiintern auf drei Ebenen der Parteiorganisation (national, Provinz, Distrikt/Kommune) aufgestellt werden. Der Aufbau jeder türkischen Partei orientiert sich gemäß der Artikel 7 sowie 19 und 20 SPK an der administrativen Ordnung der Republik. So steht an der Spitze die Parteizentrale in Ankara, die aus der Generalversammlung (*büyük kongre*), dem Parteivorsitzenden (*parti başkanı*), dem Zentralen Entscheidungs- und Verwaltungskomitee (*merkez karar yönetme kurulu*) und dem Zentralen Exekutivkomitee (*merkez yürütme kurulu*) besteht. Auf nächster Ebene befindet sich die Provinzorganisation (*il*) mit parallelem Aufbau. Darunter steht, ebenfalls mit identischem Aufbau, die Distriktebene (*ilçe*).

Zwar besteht bei der Kandidatenauswahl de facto eine juristische Kontrolle, allerdings kann diese leicht unterlaufen werden.²⁵ Die Wahl der Delegierten, ist, so das Parteigesetz, Sache der Parteimitglieder.²⁶ Da aber keine Bestimmungen zur Form des Auswahlprozesses bestehen, ist de facto die Distriktorganisation für die Delegiertenbestimmung zuständig. Auch Bayraktar und Altan schreiben, dass Distriktdelegierte der CHP vielmehr »selected« als »elected« seien, um die größtmögliche Loyalität zur Parteispitze zu gewährleisten. Ähnliche Mechanismen beobachten sie auch bei der AKP und zitieren aus einem Interview von 2009:

»The night before the sub-provincial convention, near dawn, we start drawing up delegate lists. We make up a list of delegates as if they were democratically elected. The fol-

23 Vgl. Bille 2001, S. 363–380.

24 Schattschneider 1942, S. 64.

25 Vgl. Kumbaracıbaşı 2009, S. 128, Hale, Özbudun 2010, S. 46.

26 Art. 20, SPK.

lowing morning, we call them to inform them of their ›election‹. We do the same thing for provincial conventions. Everything remains on paper without any actual electoral procedure having taken place«. ²⁷

Auch Ayan zeigt am Beispiel der AKP-Distriktversammlung (*ilçe kongresi*), wie die 400 Delegierten bestimmt werden. Dabei arbeitet die Distriktorganisation als eine Art Statthalter oder Agent der nationalen Parteiführung. Damit, so Ayan, ist die Person, die beauftragt wird den Auswahlprozess in der jeweiligen Nachbarschaft auszuführen, ein Mitglied des lokalen klientelistischen Netzwerks und bestrebt, Kandidaten zu Gunsten der lokalen Parteiführung zu finden. Sie zitiert aus einem Interview mit einem Parteimitglied in Ankara:

»Basically, it is the district party leader who determines the delegates in the conventions. Prior to the conventions, the delegates are invited to dinners and feasts in a way to guarantee the vote. The elections during the conventions take place in line with the party constitutions and the law because they are controlled by the district election boards. It is the process before the convention that causes trouble.« ²⁸

Die beschriebene Praxis verfolgt das Ziel, die Wiederwahl des Parteivorsitzenden zu gewährleisten sowie mögliche lokale Opposition im Keim zu ersticken und die Bildung oppositioneller Fraktionen zu vermeiden.

Parallel zur Delegiertenbestimmung lässt sich auch im Bezug der Postenbesetzung innerhalb der kommunalen Parteistruktur eine starke Einflussnahme der Parteispitze beobachten. Rechtlich bestehen zwei Möglichkeiten lokale Funktionsträger zu bestimmen: entweder durch parteiinterne Wahlen oder durch eine Entscheidung der lokalen Parteiführung in Absprache mit den nationalen Entscheidungsträgern (*merkez yoklaması*). So äußert sich ein ehemaliger Gemeindebürgermeister im Interview folgendermaßen:

»Wie Sie sicher wissen, bestimmt in der Türkei gewöhnlich die Parteizentrale die Kandidaten. Innerparteiliche Demokratie wird nicht sonderlich ausgeübt. Das ist in dieser Partei so [AKP, Anm.], das ist auch in den anderen Parteien so. In türkischen Parteien ist das im Allgemeinen so.« ²⁹

Im beschriebenen Fall, der durchaus die Regel darstellt, ›verhandeln‹ die Kandidaten direkt mit der Parteizentrale über die Konditionen ihrer Kandidatur. Par-

²⁷ Bayraktar/Altan 2013, S. 20.

²⁸ Ayan 2010, S. 197–215, 202.

²⁹ Interview mit einem ehemaligen *belediye*-Bürgermeister, April 2011.

teiiernen Karrieren sind damit nicht nur bei den Delegierten, sondern auch im Bezug auf lokale Funktionsträger höchst selten.³⁰ Die interviewten Parteifunktionäre waren zu großen Teilen zuvor weder in der AKP noch überhaupt politisch tätig. So berichtet etwa ein ehemaliger *belediye*-Bürgermeister, vor seinem Beitritt zur AKP nie in einer politischen Partei mitgewirkt zu haben. Stattdessen sei sein Parteibeitritt mit seiner Kandidatur als Bezirksbürgermeister zusammengefallen.³¹ Dies bedeutet sowohl, dass er den lokalen Mitgliedern gegenüber ein Unbekannter war, als auch, dass diese nicht in die Entscheidung über seine Kandidatur einbezogen waren. Auch die Vorsitzende einer AKP-Frauengruppe gab im Interview an, noch nie zuvor politisch tätig gewesen zu sein. Sie wurde kurz vor der Wahl 2011 durch Einladung des lokalen Parteivorsitzenden (*il başkanı*) zur Leiterin der Frauengruppe ernannt. Gelegentlich lässt sich Dissens gegenüber dieser zentralisierten Form der Postenvergabe hören, besonders wenn eigene Interessen im Spiel sind.

»Wenn Ankara, also die Parteizentrale, die Kandidaten auswählt, kann es sein, dass sie falsche Informationen erhalten. Das kann der Grund dafür sein, dass die Parteizentrale bei der Kandidatenauswahl Fehler macht. [...] Sie kennen sie [die Kandidaten, Anm.] einfach nicht wirklich. [...] Aber auf Grund eines falschen Kandidaten haben wir [die Wahl einer *belediye*, Anm.] leider verloren. Die Kandidatenauswahl wird durch das Parteizentrum vorgenommen. Das passiert ohne Vorwahl und ohne öffentliche Teilhabe. Dies stellt eine große Behinderung dar und auf Grund dieser Hürden werden die falschen Kandidaten ausgewählt und die Partei verliert. Das ist nichts, was typisch für die AKP ist, das passiert regelmäßig in allen türkischen Parteien.«³²

Die durch die Parteispitze ernannten Delegierten und Parteifunktionäre haben meist keine »parteiinterne Karriere« etwa in Arbeitsgruppen oder Sachausschüssen der Partei hinter sich und sind damit nicht in der lokalen Struktur verankert. Als Resultat dessen sind sie selbst hochgradig von der Parteispitze abhängig, stellt diese doch die Basis ihrer »politischen Legitimität« dar. Damit wird die Parteispitze noch weiter in ihrer ohnehin schon dominanten Rolle gestärkt und Opposition wird unwahrscheinlich.

Warum aber werden die Delegierten und Parteifunktionäre trotz ihrer fehlenden »Verankerung« in der Partei durch die Mitglieder unterstützt und in ihrer Position nicht offen in Frage gestellt? Eine plausible Antwort ist, dass die Parteifunk-

30 Bei sieben Interviews in Konya und Eskişehir im Zeitraum von neun Monaten 2011 gab es keinen Fall einer parteiinternen Karriere.

31 Interview mit einem ehemaligen *belediye*-Bürgermeister, April 2011.

32 Interview mit einem ehemaligen *belediye*-Bürgermeister, April 2011.

tionäre Träger klientelistischer Beziehungen sind und Netzwerkknotenpunkte zwischen Partei, Mitgliedern und Volk darstellen.³³ Als »Broker« vermitteln sie zwischen der nationalen Parteiführung und den lokalen Mitgliedern und Wählern, indem sie die oft abstrakte politische Botschaft in eine »lokale Sprache« übersetzen und ihr zudem durch ihr persönliches Renommee Gewicht verleihen. Sie integrieren auf diese Weise gleichzeitig unterschiedliche soziale und ethnische Gruppen in nationale Politik.³⁴ Wichtiges Element der Bindung an die Partei sind dabei klientelistische Transferleistungen, die den Menschen durch die Vermittlung des Brokers zugeführt werden.

Die AKP konnte in der letzten Parlamentswahl 2011 knapp 50 Prozent der Stimmen erringen. Eine mögliche Erklärung dieses wiederholten Erfolges kann sein, dass sie es besser vermag als andere Parteien sich auf lokale Besonderheiten einzustellen. Diese Kooption bestehender Notabeln durch Parteien in das politische System und die Übernahme wirtschaftlicher und politischer »Transferleistungen« besteht bereits seit den Anfängen der türkischen Republik. Diese hat je nach historischen Umständen und der nationalen Stellung der jeweiligen untersuchten Partei unterschiedliche Formen angenommen.³⁵ Zwar versuchen auch die Oppositionsparteien wie CHP und MHP lokale Notabeln in ihre Strukturen zu integrieren. Allerdings sind diese als »Kemalisten« oder »Nationalisten« stärker ideologisch gebunden. Die AKP ist durch ihr ideologisches Konzept »*Muhafazakar Demokrasi*« (Konservative Demokratie) bzw. durch dessen schwammige Formulierung ideologisch sehr viel flexibler und kann sich leichter auf unterschiedliche lokale Bedingungen einstellen.³⁶

»Psychologischer Druck reicht völlig«

Neben klientelistischen Transferleistungen sind psychologischer Druck von Seiten der Parteiführung und eine autoritäre Praxis auch in anderen Lebensbereichen für die absolute Stellung des Parteivorsitzenden verantwortlich. Wie die beiden letztgenannten Faktoren die Parteiarbeit beeinflussen wird im Folgenden näher erläutert. So herrscht innerhalb der Parteiorganisation ein ausgeprägter psychologischer Druck, nicht alles was rechtlich an Partizipationsmöglichkeiten gegeben wäre auch einzufordern. Ein Interviewpartner berichtet:

33 Vgl. Scott 1969, Harders 2000, S. 17–51.

34 Interview mit einem ehemaligen Leiter der Jugendorganisation der Partei, Mai 2011.

35 Vgl. Güneş-Ayata 1994, S. 49–63.

36 Vgl. Joppien 2011a.

»In türkischen Parteien gibt es in diesem Thema [parteiinterne Postenbesetzung, Anm.] im Allgemeinen keine Demokratie. [...] Ich bin zum Kongress gegangen und es hat sich kein Gegenkandidat präsentiert. Bedeutet dies, dass es sich um eine defizitäre Demokratie handelt? Nein! [...] Da ist eine Natürlichkeit in der Sache. Ich meine, da jeder der Meinung war, dass ich meine Arbeit gut gemacht habe, hat niemand gesagt, ich möchte Gegenkandidat werden, und das war richtig so. Es ist dasselbe mit Erdoğan [Recep Tayyip, Anm.]. Es wird nie einen Gegenkandidaten zu Erdoğan geben. Warum? Weil in unseren Augen niemand besser ist als er. Aber würde es je einen besseren Kandidaten geben, so würde sich dieser auch aufstellen. Ich meine, es gibt da nicht so eine Angst, oder so. Psychologischer Druck ist ausreichend. Dieser Mann [Erdoğan, Anm.] ist ein Führer. Warum sollte ich einen guten Führer auswechseln? Wenn es da jemanden gibt, den ich kenne, jemanden, der den Job gut macht, warum sollte ich das ändern, warum sollte ich da etwas riskieren? Und das ist es, was unsere Gesellschaft denkt.«³⁷

Diese Einschätzung korrespondiert mit der positiven Bewertung einer starken Führungsperson, die durch die interviewten AKP-Mitglieder mit Stabilität und Wohlstand gleichgesetzt wurde. Sie sahen das *liderlik*-Konzept als allumfassend an und beschränkten es keinesfalls nur auf die politische Sphäre. So argumentierten sie: »Türken brauchen und wollen einen *lider*«, »eine starke Führungsperson steht im Einklang mit Geschichte und Kultur des Landes«, »die Partei ist mit einer Familie vergleichbar – wie in jeder Familie kann es auch in jeder Partei nur »einen Kopf« geben«. Menschen wie sie, die kommunalpolitisch aktiv seien, hätten nur einen lokalen Radius; ein *lider* wie Erdoğan hätte jedoch das große Ganze im Blick und sei daher besser zur Führung geeignet. Der Ausdruck von abweichender Meinung wurde durch die Interviewpartner häufig als Zeichen von mangelndem Respekt (und Dankbarkeit) und nicht als legitimer Teil eines Meinungsbildungsprozesses interpretiert.³⁸ Versteht man die Türkei als eine sozial kollektivistisch organisierte Gesellschaft, dann sind die vorherrschenden Werte nicht Autonomie oder Selbstverantwortung, sondern die Harmonie innerhalb der Gruppe, der Respekt gegenüber den Eltern oder sozial Höhergestellten. Dabei nimmt der Versuch der Anpassung an eine bestehende Realität eine höhere Wertigkeit an als in individualistisch ausgerichteten Gesellschaften.³⁹ Mit der gesellschaftlichen Ak-

37 Interview mit einem ehemaligen Leiter der Jugendorganisation der Partei, Mai 2011.

38 In der Begründung der Mitglieder für die Notwendigkeit eines *lidere* bestehen Unterschiede: Während CHP-Mitglieder das Konzept eher mit einer Figur wie Atatürk als »Prototyp und einzig wahren *lider*« gleichsetzten, beriefen sich AKP-Mitglieder eher generell auf Führung als stabilisierende Kraft, die von der türkischen Gesellschaft »gebraucht« würde. (Interviews mit Mitgliedern beider Parteien, April–Juli 2011.)

39 Dieses gesellschaftliche Ordnungsprinzip wird im Türkischen als *himaye* bezeichnet und beschreibt den Schutz durch und die Loyalität zu einer hierarchisch höher gestellten Per-

zeptanz starker Führungspersonen geht auch einher, dass die Möglichkeiten zur Abwahl eines einmal etablierten *leaders* beschränkt sind. So schreibt Rubin:

»In general parties have no significant internal democracy. Leaders who make bad mistakes in elections or government survive. Corruption does not lead to a political fall. Ideas are not generated within parties were debate is discouraged. Obedience rather than competition govern the parties' political culture.«⁴⁰

Ein Wechsel der politischen Führung »auf natürlichem Wege« geschieht nur selten. Bülent Ecevit (*Demokratik Sol Parti*, DSP, Demokratische Linkspartei), Necmettin Erbakan (*Refah Parti*, RP, Wohlfahrtspartei) und Alparslan Türkeş (*Milîyetçi Hareket Parti*, MHP, Partei der Nationalen Bewegung) haben ihre Parteien für mehr als ein Vierteljahrhundert geführt, Süleyman Demirel war von 1964 bis 1993 Parteipräsident der *Adalet Partisi* (AP, Gerechtigkeitspartei) bzw. der *Doğru Yol Partisi* (DYP, Partei des Rechten Weges).⁴¹ Als Beispiele aus jüngster Zeit seien Deniz Baykal (Parteichef der CHP von 1992 bis 2010) oder Devlet Bahçeli genannt, der seit über 14 Jahren die MHP führt. Wenn es doch zu einem Wechsel kommt, dann häufig durch »außergewöhnliche Umstände«, wie etwa Erpressung oder die Veröffentlichung kompromittierenden Materials.⁴²

son. (Vgl. dazu White 2002, S. 73) Dies kann der Familienvater, Dorfälteste oder Firmenchef sein. Besonders die in den 1980ern und 90ern entstandenen Betriebe der »Anatolischen Bourgeoisie« zeichnen sich durch die Abwesenheit von Gewerkschaften aus. In der Beziehung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer übernimmt der Arbeitgeber die Rolle eines »strengen, aber fürsorglichen Vaters«, dessen Kinder im Gegenzug zu Gehorsam verpflichtet sind. (Vgl. dazu Joppien 2011b. und zur Entwicklung der »Anatolischen Bourgeoisie« und der von ihr vertretenen »Werten« insbesondere Buğra 1998, S. 521–539.)

40 Rubin 2002, S. 3.

41 Vgl. Özbudun 2000, S. 83. Auch versinken viele Parteien nach dem Abdanken ihres Vorsitzenden in der politischen Bedeutungslosigkeit.

42 Vgl. Joppien 2011c. 2011 sollte der MHP-Parteivorsitzende Devlet Bahçeli durch Sexvideos seiner Funktionäre zum Rücktritt gezwungen werden. Zunächst wurden im Internet kompromittierende Videos von zwei führenden Parteifunktionären der nationalistischen MHP veröffentlicht, die daraufhin zurücktraten. Verantwortlich zeichnete sich dafür die MHP-interne Gruppe »*Farklı Ülkücüler*« (»Die anderen Nationalisten«). Sie forderten den Rücktritt Bahçeli, andernfalls würden sie weitere Aufnahmen veröffentlichen. Im Mai 2010 war bereits der damalige Präsident der CHP, Deniz Baykal, nach der Veröffentlichung eines Videos, das ihn mit einer CHP-Abgeordneten in intimer Szene zeigt, zurückgetreten. Auch hier war der »Absender unbekannt«, die Mehrheit der Kommentatoren machte jedoch die innerparteiliche Opposition für die Veröffentlichung verantwortlich. Vgl. dazu Joppien 2011c.

Demokratischere Praxis durch die AKP?

Die AKP sticht deutlich aus dieser Reihe hervor. Die Einführung der zeitlichen Begrenzung parteiinterner Posten auf drei mal vier Jahre, die die AKP mit ihrem ersten Parteistatut im August 2001 einführte, kommt einer kleinen Revolution im türkischen Politbetrieb gleich.⁴³ Erdoğan hat mit seiner Wiederwahl im September 2012 gleichzeitig seine letzte Amtszeit als Parteivorsitzender angetreten. Ein ehemaliger Parteifunktionär der AKP in Konya äußerte sich im Interview dazu folgendermaßen:

»Nachdem wir unsere Aufgaben erfüllt haben, kehren wir in unsere Jobs zurück, ich meine damit, wir nehmen Politik nicht als Job war. Diese Einstellung, wir sind 40 Jahre an der Spitze dieses Landes, wir beherrschen dieses Land für 40 Jahre, die gibt es nicht mehr. Die Philosophie unserer Partei drückt sich in einem besonderen Artikel unseres Parteistatuts [Art 75, Anm.] aus. Niemand kann öfter als dreimal auf eine Position gewählt werden. [...] Das bedeutet, das eine neue Generation, von der ich ein Teil bin, eine politische Rolle spielt und politische Verantwortung übernimmt. In den letzten 30 Jahren sahen wir immer dieselben Leute, die nur von Zeit zu Zeit ihre politischen Verantwortungen änderten. Aber, Gott sei Dank, unser Premierminister hat in der letzten Wahl [Parlamentswahl 2011, Anm.] gesagt, dies ist meine letzte Wahl, und das hat er auch in unseren internen Treffen gesagt; er sagte, attackiert meinen Posten, [...], denn wir gehen und ihr folgt uns nach. Das ist eine wichtige Öffnung für die türkische Politik. Wir werden als islamisch oder konservativ beschrieben, aber tatsächlich geben wir dem Wort ›Demokratie‹ eine neue Bedeutung in diesem Land.«⁴⁴

Sicher ist, dass Erdoğan die Besetzung seines Nachfolgers nicht einfach der Partei überlässt. Vielmehr wird er versuchen sein politisches Erbe und seinen Einfluss innerhalb der Partei durch die Installierung einer ›angemessenen Person‹ auf dem Posten des Parteivorsitzenden zu wahren. Möglich ist, dass er in Anlehnung an das »Modell Putin« einen politischen Vertrauten als Ministerpräsident und Parteivorsitzenden durchboxt, während er selbst sich 2014 zum Präsidenten wählen lässt. Trotz aller noch immer gegebenen Einflussmöglichkeiten bringt die »3×4-Regelung« eine dynamische Komponente in die starre türkische Parteipolitik. Jeder demokratische Machtwechsel an der Parteispitze bedeutet für ansonsten blockierte Akteure eine hegemoniale Öffnungs- und Verunsicherungsphase, die es ihnen ermöglicht, sich wieder neu in das politische Spiel einzubringen.

43 AKP-Statut, Artikel 75.

44 Interview mit einem ehemaligen Leiter der Jugendorganisation der Partei, Mai 2011.

Schlussfolgerung

Auf Grund der beschriebenen Phänomene lässt sich das Fazit ziehen, dass in türkische Parteien weiterhin autoritär und zentralisiert organisiert sind. Es konnte gezeigt werden, dass die starke Rolle des Parteivorsitzenden eine Folge der gesetzlichen Regelungen darstellt, die, auch auf Kosten innerparteilicher Opposition, effektive Entscheidungsstrukturen etablieren sollen. Die rechtliche Lage kann als Spiegel der historischen Entwicklungen in der Türkei gelesen werden, in der seit der Gründung der Republik politische Stabilität höher gewertet wurde als Meinungsppluralismus. Erstaunlich mag zunächst sein, dass der *lider* nicht nur national, sondern auch kommunal großen Einfluss nimmt. Es konnte jedoch an Hand der Beispiele Mitgliederbeitritt, Delegiertenbestimmung und Besetzung innerparteilicher Posten gezeigt werden, wie bedeutend gerade die lokale Einmischung für seinen nationalen Machterhalt ist.

Zwar formiert sich auch in türkischen Parteien innerparteiliche Opposition, aber es ist in der Analyse wichtig zwischen der Opposition gegen eine starke Führung als politisches Prinzip, die fast nicht vorhanden ist, und der Zufriedenheit mit dem aktuellen Parteipräsidenten, die hingegen bei den türkischen Parteimitgliedern häufig gering ist, zu unterscheiden. Wird die Unzufriedenheit unter den Mitgliedern allzu groß, so wählen sie bislang eher die Intrige als die offene politische Auseinandersetzung um einen neuen Parteivorsitzenden an der Spitze zu installieren. Die innerhalb der AKP praktizierte »3×4-Regelung« bringt allerdings eine neue, dynamische Komponente in die Parteipolitik, die jedoch bislang nur von der Wählerschaft honoriert worden ist, während die anderen Parteien keine Ambitionen zeigen, es der AKP gleichzutun. Doch ist ebenso auch zweifelhaft, ob die AKP als Vorbild für die Demokratisierung der türkischen Parteipolitik taugt – nicht zuletzt, weil die Entscheidung über Erdoğan's Nachfolge das Potenzial hat, sich zu einem türkischen Politthriller zu entwickeln.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- AKP Tüzük. http://www.akparti.org.tr/site/akparti/parti-tuzugu#bolum_. Zugegriffen: 15. August 2012.
- Ayan, P. 2010. Authoritarian Party Structures in Turkey. A Comparison of the Republican People's Party and the Justice and Development Party. *Turkish Studies* 11 (2): 197–215.
- Bayraktar, U., Altan, C. 2013. Explaining Turkish Party Centralism: Traditions and Trends in the Exclusion of Local Party Offices in Mersin and beyond. In *Negotiating Political Power in Turkey*, hrsg. E. Massicard, N. Watts, 17–36. Abingdon, New York: Routledge.

- Blair, H. 2000. Participation and accountability at the Periphery: Democratic Local Governance in Six Countries. *World Development* 28 (1): 21–39.
- Bille, L. 2001. Democratizing a Democratic Procedure: Myth or Reality? Candidate Selection in Western European Parties, 1960–1990. *Party Politics* 7 (3): 363–380.
- Buğra, A. 1998. Class, Culture, and State: An Analysis of Interest Representation by two Turkish Business Associations. *International Journal of Middle East Studies* 30: 521–539.
- CHP Tüzük. <http://www.chp.org.tr/wp-content/uploads/CHPTuzukNISAN2010.pdf>. 15. August 2012.
- Dodd, C. H. 1969. *Politics and Government in Turkey*. Manchester: University of Manchester Press.
- Grint, K. 2000. *The Arts of Leadership*. Oxford: Oxford University Press.
- Güneş-Ayata, A. 1994. Roots and Trends of Clientelism in Turkey. In *Democracy, Clientelism, and Civil Society*. hrsg. A. Güneş-Ayata, L. Roniger, 49–63. Boulder: Lynne Rienner Publishers.
- Hale, W. 2008. The Electoral System and the 2007 Elections. Effects and Debates. *Turkish Studies* 9(2): 233–246.
- Hale, W., Özbudun, E. 2010. *Islamism, Democracy and Liberalism in Turkey*. The Case of the AKP. Abingdon, New York: Routledge.
- Cilja H. 2000. Dimensionen des Netzwerkansatzes. Einführende theoretische Überlegungen. In *Die islamische Welt als Netzwerk. Möglichkeiten und Grenzen des Netzwerkansatzes im islamischen Kontext*, hrsg. R. Loimeier, 17–51. Würzburg: Ergon.
- Joppien, C. 2011a. *Die Türkische Regierungspartei AKP – Eine Untersuchung ihres politischen Konzepts Muhafazakar Demokrasi*. Berlin: Klaus Schwarz Verlag.
- Joppien, C. 2011b. A Reinterpretation of Tradition? – The Turkish AKP and its Local Politics. London School of Economics (LSE) Doctoral Discussion Papers, Mai 2011. <http://www2.lse.ac.uk/europeanInstitute/research/ContemporaryTurkishStudies/Paper%20CJ2011.pdf>. Zugegriffen: 15. August 2012.
- Joppien, C. 2011c. Wahlkampf a la Turca. Zenith Online. <http://www.zenithonline.de/deutsch/politik/artikel/wahlkampf-a-la-turca-001950/>. Zugegriffen: 14. Juli 2012.
- Jung, D. 2012. Das politische Leben: Institutionen, Organisationen und politische Kultur. In *Länderbericht Türkei*, hrsg. U. Steinbach, 86–120. Berlin: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Kumbaracıbaşı, A. C. 2009. *Turkish Politics and the Rise of the AKP. Dilemmas of Institutionalization and Leadership Strategy*. Abingdon, New York: Routledge.
- Lawson, K. 1988. When Linkage Fails. In *When Parties Fail. Emerging Alternative Organizations*, hrsg. K. Lawson, P. H. Merkl, 13–38. Princeton: Princeton University Press.
- MHP Tüzük. http://www.mhp.org.tr/usr_img/_mhp2007/kitaplar/mhp_parti_tuzugu_2009_opt.pdf. Zugegriffen: 15. August 2012.
- Nohl, A.-M. 2009. *Interview und dokumentarische Methode. Anleitung für die Forschungspraxis*. Wiesbaden: VS.
- Özbudun, E. 2000. *Contemporary Turkish Politics. Challenges to Democratic Consolidation*. Boulder: Lynne Rienner Publishers.
- Rubin, B. M., Heper, M. 2002. *Political Parties in Turkey*. London: Frank Cass & Co.
- Sayari, S., Esmer, Y. (Hg.) 2002. *Politics, parties and elections in Turkey*. Boulder: Lynne Rienner.

- Schattschneider, E. E. 1942. *Party Government: American Government in Action*. New York: Rinehart.
- Schüler, H. 1993. *Mitgliederpartizipation in der Sozialdemokratischen Volkspartei*. Istanbul: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Scott, J. C. 1969. Corruption, Machine Politics, and Political Change. *The American Political Science Review* 63 (4): 1142–1158.
- Siyasi Partiler Kanunu, 2820. Veröffentlichung in Resmi Gazete, 24. April 1983. <http://www.mevzuat.adalet.gov.tr/html/608.html>. Zugegriffen: 15. August 2012.
- Tachau, F. 2000. Turkish Political Parties and Elections: Half a Century of Multiparty Democracy. *Turkish Studies* 1 (1): 128–148.
- Tezcür, G. M. 2012. Trends and Characteristics of the Turkish Party System in Light of the 2011 Elections. *Turkish Studies* 13 (2): 117–134.
- White, J. B. 2002. *Islamist Mobilization in Turkey. A Study in Vernacular Politics*. Seattle: University of Washington Press.
- »Yeniden AK Parti Genel Başkanı«. *Milliyet*, 30. September 2012. <http://siyaset.milliyet.com.tr/yeniden-ak-parti-genel-baskani/siyaset/siyasetdetay/30.09.2012/1604579/default.htm>. Zugegriffen: 4. Oktober 2012.